

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Sobndorf, Röditz, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Behrisdorf, Marienau, den Willengrund, Rubschnappel und Trischheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 33.— M. monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 99.— M. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 1,50 M.



Anzeigenpreis: Die sechspaltige Grundzeile wird mit 3,00 M. für auswärtige Besteller mit 3,50 M. berechnet. Im Kellern- und amtlischen Teile kostet die dreispaltige Zeile 6,50 M., für Auswärtige 7,50 M. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Vollständigkeitskonto Leipzig 86 687.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Anwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr 179

Donnerstag, den 3 August 1922

72 Jahrgang.

Schornsteinfegerlöhne.

Die städt. Kollegien haben beschlossen, mit Wirkung vom 15. August d. J. ab den Feuerungszuschlag an den Schornsteinfegergrundgebühren von 350 auf 500 % zu erhöhen.

Stadtrat Lichtenstein-Callnberg, am 1. August 1922.

Kurze wichtige Nachrichten.

Die sächsischen Kommunisten fordern im Hinblick auf die Vorgänge in Bayern die Einberufung des Landtages; es ist aber unwahrscheinlich, daß ihren Wünschen entsprochen wird.

In Berlin wird die Lage infolge des zweiten französischen Ultimatums als ernst angesehen, ein Kabinettsrat findet heute statt.

Der Oberpräsident von Hannover hat auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik das Erscheinen des Bielefelder Kreisblattes für die nächsten drei Wochen verboten. Der Weisfällische Generalanzeiger ist ebenfalls für vierzehn Tage verboten.

Die Regierung von Schwaben-Neuburg hat als ausführendes Organ der bayerischen Regierung die beiden kommunistischen Zeitungen, Bayerische Arbeiterzeitung in Nordbayern und Neue Zeitung in München für 5 Tage verboten.

Das neue italienische Kabinett ist fertig. De Facto hat den Vorsitz. Das Ministerium des Innern wurde dem früheren Tourmer Ladde übertragen. Schanzeur wurde das auswärtige Amt übertragen. Die Kammer soll aufgelöst werden, wenn sie ein Misstrauensvotum annehmen sollte. Der Generallandtag ist gescheitert.

„Secolo“ meldet aus Athen: Die Kammer hat am Montag mit allen gegen 8 Stimmen einen neuen Sechsmilliarden-Kredit für die Fortsetzung des Krieges mit Kleinasien bewilligt.

Aus Cincinnati wird gemeldet, daß zwei Ausflügler ungehindert der Stadt zusammengekommen sind. 15 Personen wurden getötet, zahlreiche verletzt. Der eine Zug enthielt schwarze, der andere weiße Ausflügler.

Poincares Antwort auf die deutsche Note.

In Antwort auf die am Dienstag mittag überreichte deutsche Note hat Poincaré dem deutschen Geschäftsträger am gleichen Tage eine Note überreicht, worin es heißt: Ich stelle mit Bedauern fest, daß diese Antwort nicht die in meinem Briefe erwähnten Zusicherungen enthält. Die Regierung der Republik hat ein Recht zu verlangen, daß vor dem 5. August mittags die Versicherung gegeben wird, daß bis die unumgänglich notwendige Einmütigkeit für eine Abänderung erlangt sein wird, das Abkommen vom 10. Juni 1921 zur Ausführung gelangt und besonders, daß die Pauschalsumme von zwei Millionen Pfund am 15. August bezahlt wird. Wenn diese Zusicherung nicht gegeben wird, wird die französische Regierung das Recht haben, um die Ausführung des bestehenden Abkommens zu sichern, die Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, die sie im Interesse sowohl der eigenen Staatsangehörigen als auch der Untertanen der übrigen Staaten für richtig erachtet. Diese Maßnahmen werden ab 5. August zur Ausführung gebracht, so wie ich es bereits mitgeteilt habe, um die Regierung der Republik glauben zu lassen, daß sie es nötig hat, bereits jetzt ihren festen Plan bekanntzugeben, den sie inzwischen ausgearbeitet hat.

Um den Vorbehalten über den Inhalt der Note vom 1. August gerecht zu werden, bemerkt die Regierung der Republik lediglich, daß die deutsche Regierung keinerlei Anstrengungen macht (!), um die Zahlung der Summen zu sichern, die seitens wirklicher Schuldner, d. h. seitens deutscher Private, an die Verbündeten Ausgleichsamter abzuführen sind, wobei bemerkt wird, daß diese Privatleute, nach allen Umständen, die uns zugegangen sind, durch Anläufe von Auslandsdevisen zu dem gegenwärtigen Sturz der Mark beigetragen haben.

Die Schnelligkeit, mit der Poincaré geantwortet hat, ist ein Beweis, daß man in Frankreich die ablehnende Antwort teils erwartet und vielleicht sogar — gewünscht hat, um nun endlich einmal zu dem langersehnten Schlag gegen Deutschland auszuholen zu können. Vor seiner Zusammenkunft mit Lord George will Poincaré anscheinend eine vollständige Tatsache schaffen, die England dann respektieren soll. Wenn sich aber Poincaré in diesem Punkt nur nicht verrechnet. Die geheimnisvoll angekündeten Zwangsmaßnahmen sollen bereits am 5. August in Ausführung kommen. Für den 7. August ist bekanntlich die Zusammenkunft Lord George-Poincaré angesetzt. Frankreich heißt also den Rüssel mächtig ein und will jetzt mit Volldampf auf sein Ziel losgehen. In Berlin wird man sich hoffentlich durch den „energischen“ Ton aus Paris nicht einschüchtern lassen und fühlen Mut auf das Recht bestehen. Deutschland steht am Abgrund, nein, es befindet sich schon im Abgrund. Wir haben lange genug gelitten und unseren guten Willen zur Erfüllung der scharfen Bedingungen bewiesen. Jetzt geht es nicht weiter — trotz der französischen Zwangsmaßnahmen. Wenn jetzt schwere Tage kommen sollten, so mag die Regierung wissen, daß sie bei ihrer Ablehnung der französischen Forderungen das deutsche Volk hinter sich hat. Jetzt haben nun England und Amerika das Wort.

Ueberraschung selbst in Paris.

Paris, 2. August. Die letzte Note Poincares hat selbst im hiesigen Ministerium des Auswärtigen überrascht. Alle Blätter sind darüber einig, daß die von Poincaré angekündigten Vergeltungsmaßnahmen nur wirtschaftlicher Natur sein könnten, und daß es sich keinesfalls um militärische Sanktionen handle. Der Gaulois wirft die Frage der Beschlagnahme deutschen Privateigentums in Frankreich auf, die er jedoch für unzulässig hält. Andere Blätter rechnen damit, daß Frankreich versuchen werde, im besetzten Rheinland Geldmittel flüssig zu machen. Die nationalistischen Blätter erklären sich mit der Note Poincares einverstanden. Der Matin erklärt, es handle sich um Verpflichtungen großer deutscher Firmen, die durchaus in der Lage gewesen wären, zu bezahlen und auch alle Dispositionen dafür getroffen hätten, als die deutsche Regierung 1920 erklärte, sie werde die Verpflichtungen an Stelle der Privatschuldner übernehmen.

Poincares angebliche Absichten.

Berlin, 2. August. Nach noch unverbürgten Gerüchten, die mit großer Vorsicht aufzunehmen sind, will das Achtuhr-Abendblatt Nachrichten erhalten haben, wonach Poincaré beabsichtige, in den besetzten Gebieten des Rheinlandes die Einnahmen des Deutschen Reiches, wie Zölle, Steuern, Post-, Eisenbahn- und Telegrapheneinkünfte, zu beschlagnahmen.

Die Auffassung in Berlin.

Berlin, 2. August. Die heutige neue Chefbesprechung der zuständigen Ressorts der Reichsregierung, die sich mit der neuen Note Poincares und mit der Reparationsfrage im allgemeinen befaßte, dauerte nur bis gegen 2 Uhr. Eine Kabinettsitzung wird voraussichtlich erst morgen stattfinden. Beschlüsse sind in dieser Frage in der Chefbesprechung nicht gefaßt worden. Es läßt sich über die Auffassung der Regierung zur gegenwärtigen Lage im allgemeinen nur soviel sagen, daß die Regierung an ihrem bisherigen Standpunkt unverändert festhält. Man findet es besonders auffällig, daß Poincaré noch vor dem Fälligkeitstermin der deutschen Zahlungen, also bereits für den 5. August mit Zwangsmaßnahmen droht, womit er sich, falls er seine Drohungen wahr machen sollte, ganz offensichtlich ins Unrecht setzen würde. Man hofft in Regierungskreisen, daß der deutsche Rechtsstandpunkt, an dessen Richtigkeit kein Zweifel bestehen kann, sich noch in letzter Stunde durchsetzen wird. Die verschiedenen einzelnen Meldungen über angeblich bereits eingeleitete französische Zwangsmaßnahmen werden an unterrichteter Berliner Stelle zunächst noch im wesentlichen für Vermutungen gehalten. Man kann naturgemäß nicht im einzelnen wissen, was in Paris tatsächlich geplant wird. Ob die Regierung den 5. August herankommen und es darauf ankommen läßt, ob Poincaré seine Drohungen wahr macht, oder ob die Regierung einen anderen Weg beschreitet, indem sie auf die neue Drohung des französischen Ministerpräsidenten noch mit einer neuen Note antwortet, ist noch nicht einschätzbar, sondern wird erst von der nächsten Kabinettsitzung abhängen.

England gegen Frankreich?

Paris, 2. August. „Chicago Tribune“ will zusammenhängend mit der englischen Note erfahren haben, daß die alliierten Regierungen die Frage erörtern, ob es rätlich sei, eine öffentliche Erklärung abzugeben, die einen direkten Appell an das amerikanische Volk darstellen werde. Europa breche vielleicht sozial, finanziell und wirtschaftlich zusammen, wenn nicht bald die Frage der interalliierten Schulden endgültige Regelung finde.

Infolge des Marksturzes sehen die führenden Wirtschaftsmänner der valutarstarken Länder sehr schwarz. Die Aufträge an ihre Industrien lassen sich nicht nach, da man lieber beim valutarisierenden Deutschland kauft. In leitenden Kreisen Englands scheint man entschlossen, energische Schritte gegen den Zusammenbruch Europas zu tun. Mit größter Spannung sieht man dem 7. August entgegen, dem ersten Tage der Londoner Konferenz. Die Gewährung eines Memoratoriums an Deutschland scheint sicher zu sein, da England in diesem Punkte keinesfalls der scharfen französischen Auffassung weichen will.

Deutsches Reich

Reichs- und Landtagsbeschlüsse für die Gemeinden.

S. J. Dresden. Der Ausschuss zur Verwaltung des Ausgleichsstodes hat beschlossen, die Rechnung für 1921 abzuschließen und den Barbestand von 15 954 668,34 Mark auf die Rechnung 1922 zu übertragen, der auch die weiteren Einnahmen für das Jahr 1920 zuzurechnen sind. Der Barbestand des Jahres 1920 und die bis jetzt für 1921 zur Verfügung gestellten Mittel, zusammen etwa 90 Millionen Mark, sollen in Kürze zur Verteilung an bedürftige Gemeinden gebracht werden. Mit Rücksicht auf die Beschränkungen der Zuweisungen aus der Einkommensteuer durch das am 13. Juli 1922 vom Landtag angenommene Staatshaushaltsgesetz auf 100 Millionen jährlich mußte der ursprünglich in Aussicht genommene Verteilungsplan etwas eingeschränkt werden. In Aussicht genommen werden zunächst vier Verteilungen. Die Durchführung jeder von ihnen wird etwa einen Monat in Anspruch nehmen. Zuerst zur Verteilung kommen werden etwa 37 Millionen Mark für die Aufwendungen der Gemeinde für die Polizei, das Armenwesen, die Wohlfahrtspflege und den Wegbau. Für die Aufwendungen in der Erwerbslosenfürsorge, die auch im Jahre 1921 manche Gemeinden noch stark belasteten, werden wiederum unter Zuhilfenahme der vom Reiche gewährten und noch für 1/2 Jahr erwarteten Beihilfen Unterstützungen gewährt. Der endgültige Aufwand des Ausgleichsstodes dafür wird unter Berücksichtigung der verlagsweisen Zahlung der erwarteten Reichszuschüsse auf 6—7 Millionen Mark geschätzt. Etwa 35 Millionen Mark sind weiter zur Verfügung gestellt worden, um den Gemeinden Beihilfen für ihre Volksschulasten zu gewähren. Endlich ist beschlossen worden, rund 4 800 000 Mark bereitzustellen, um notleidende Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben in der Sozialrentnerfürsorge im Rechnungsjahr 1921 zu unterstützen. Erwogen wird noch, falls die Mittel hierfür ausreichen, einen Ausgleich für die Aufwendungen der Bezirksverbände durchzuführen und den Gemeinden durch Gewährung von Zuschüssen die Unterhaltung höherer Lehranstalten, Erziehungsschulen, sowie von Krankenhäusern zu erleichtern. Für das laufende Jahr 1922 sollen mit Rücksicht auf die fortschreitende Steigerung der Verpflegsätze noch einmal zu den Kosten der Unterbringung Ortsarmer in Landes-, Heil- und Pflegeanstalten und in Erweiterung der bisherigen Unterstützung auch der Unterbringung in Taubstummen- und Erziehungsanstalten Beihilfen gewährt werden.

Die bayrischen Wünsche.

Berlin. Aus München wird gemeldet: Der bayrische Ministerpräsident hat den Entwurf der Antwort an den Reichspräsidenten ausgearbeitet und ihn gestern seinen Ministerkollegen zur Einsichtnahme und Begutachtung mit dem Ersuchen um Vorschläge zur Abänderung zugehen lassen. Der Entwurf kam mit verschiedenen Abänderungsvorschlägen, im wesentlichen aber gebilligt an den Ministerpräsidenten zurück. Von amtlicher Seite wird erklärt, daß der Kabinettsrat unter allen Umständen heute stattfinden wird. Hierauf wird das Antwortschreiben den Parteien, die der Regierung das Vertrauen ausgesprochen haben, zur Genehmigung vorgelegt werden. Der Brief wird voraussichtlich morgen ab-

Mengel hatte außer...
Eine Bekannt...
Dieses Blatt enthält...
Nr 179
Donnerstag, den 3 August 1922
72 Jahrgang.
Schornsteinfegerlöhne.
Die städt. Kollegien haben beschlossen...
Stadtrat Lichtenstein-Callnberg, am 1. August 1922.
Kurze wichtige Nachrichten.
Die sächsischen Kommunisten fordern...
In Berlin wird die Lage infolge...
Der Oberpräsident von Hannover hat...
Das neue italienische Kabinett ist fertig...
„Secolo“ meldet aus Athen: Die Kammer hat...
Aus Cincinnati wird gemeldet, daß zwei Ausflügler...
Bankhaus...
7. 1,18
77,50
75
222
90,75
114,75
63
70
76
98
95,50
91,50
104,50
82,50
77,50
122,50
428
509
1815
1405
405
480
984
1484
484,75
774
1700
Bielefeld
1562
24881,10
2863,80
2098,70
12290,35
844,81
5308,68
10813,50
16730,90
5006,25
1566,75
1598,75
1,87